



Industrie- und Handelskammer
Wuppertal-Solingen-Remscheid

Verfall der Verkehrswege gefährdet den Wirtschaftsstandort Bergisches Städtedreieck

Resolution der Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Wuppertal-Solingen-Remscheid zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung

Die Unterfinanzierung und der dadurch ausgelöste Verfall der Verkehrsinfrastruktur hat mittlerweile ein solches Ausmaß angenommen, dass der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen – und damit auch die Wirtschaftsregion Bergisches Städtedreieck - in Gefahr gerät. Die von der Bundesregierung selbst beauftragte „Daehre-Kommission“ stellte bereits Ende 2012 fest, dass pro Jahr 7,5 Milliarden Euro zusätzlich in die Verkehrswege investiert werden müssten, um den weiteren Verfall zu stoppen.

Allein die für Lkw gesperrte Leverkusener A1-Brücke verursacht durch lange Umwege und Staus auf den Ausweichstrecken jeden Tag erhebliche Mehrkosten für tausende Unternehmen - auch aus dem Bergischen Städtedreieck. Und die Leverkusener Brücke ist nur eine unter vielen: In NRW müssen in den nächsten Jahren hunderte Brücken an Autobahnen und Bundesstraßen saniert oder gleich komplett neu gebaut werden. Dazu kommen hunderte Bahn- und tausende innerstädtische Brücken und Tunnelbauwerke, wie beispielsweise der marode Kiesbergtunnel in Wuppertal.

Die Vollversammlung fordert deshalb, dass Bundes- und Landesregierung endlich ausreichend Mittel für die Sanierung und den punktuellen Ausbau der Verkehrswege zur Verfügung stellt. Dabei muss insbesondere überregional wichtigen Verkehrsachsen und Ingenieurbauwerken (Brücken und Tunnel) besondere Priorität eingeräumt werden.

Die geplante Pkw-Maut für Ausländer ist keine Lösung: Sie würde kaum mehr als ihre Erhebungskosten einbringen, aber voraussichtlich massive wirtschaftliche Nachteile insbesondere für Grenzregionen gerade in NRW bedeuten. Die Vollversammlung fordert stattdessen, dass alle Möglichkeiten zur Umschichtung im Bundeshaushalt sowie Einsparmöglichkeiten genutzt werden. Dazu sollte durch Umverteilung allgemeiner Steuereinnahmen der Verkehrsetat sukzessive erhöht werden, um die von der Daehre-Kommission errechneten notwendigen Mittel bereitzustellen. Angesichts von Rekordsteuereinnahmen und der Wichtigkeit der Verkehrsinfrastruktur für die wirtschaftliche Entwicklung dieses Landes ist dies möglich und notwendig.

Die Mittel sollten nicht nach regionalem Proporz, sondern ausschließlich nach Dringlichkeit verteilt werden. Zudem fordert die Vollversammlung überjährige Infrastrukturfinanzierungsmöglichkeiten. Fonds-Lösungen, für die es bereits gut ausgearbeitete Konzepte gibt, weisen hier in die richtige Richtung.

Darüber hinaus müssen die Kapazitäten bei den zuständigen Behörden ausgebaut werden. Allein beim Landesbetrieb Straßenbau NRW sind in den letzten Jahren hunderte Stellen abgebaut worden. Diese fehlen jetzt für die Planung wichtiger Verkehrsprojekte. Das hat beispielsweise dazu geführt, dass NRW im Jahr 2013 sogar über 40 Millionen Euro Bundesmittel zurückgeben musste, weil nicht genug planreife Projekte vorhanden waren. Ergänzend dazu ist es notwendig, die Gesetzgebungsverfahren bei wichtigen Infrastrukturprojekten deutlich zu verkürzen und insbesondere die Widerspruchsverfahren zu vereinfachen.

Wuppertal, 28. August 2014